

Vorlage Stadtparlament

Datum 4. Mai 2021
Beschluss Nr. 478
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Etrit Hasler: Bettelverbot in St.Gallen – Verstoss gegen die Menschenrechte? Beantwortung

Am 17. Februar 2021 reichte Etrit Hasler die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Bettelverbot in St.Gallen – Verstoss gegen die Menschenrechte?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Eine arbeitslose Angehörige der Roma mit Wohnsitz in Rumänien, die Analphabetin ist und aus sehr armen Verhältnissen stammt, bettelte zwischen Juli 2011 und Januar 2013 mehrfach in der Stadt Genf. Sie wurde gestützt auf das dort geltende generelle Bettelverbot verurteilt und mit CHF 500 gebüsst. Das Bundesgericht schützte mit Urteil vom 10. September 2014 die Verurteilung.¹ Da die Frau die Busse nicht bezahlen konnte, musste sie ersatzweise für fünf Tage ins Gefängnis.

Die Kleine Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) stellte mit Urteil vom 19. Januar 2021² fest, dass die strafrechtliche Verurteilung der Frau mit der ausgefallenen Sanktion Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzt habe, der die Achtung des Privat- und Familienlebens schützt. Zu ihrer Menschenwürde habe es gehört, in einer solchen Situation, in der sie verletztlich gewesen sei, zu betteln, um ihre primären Bedürfnisse zu decken. Sie habe keine andere Wahl gehabt, als zu betteln, um zu überleben. Die harte Sanktion hätte durch gewichtige öffentliche Interessen gerechtfertigt sein müssen, was nicht der Fall gewesen sei.

Die Behörden hätten die schwierige Situation der Frau genau prüfen und würdigen müssen. Es hätte verhältnismässigere Massnahmen gegeben, die Interessen der Passantinnen und Passanten, Anwohnerinnen und Anwohner sowie Geschäftsinhaberinnen und -inhaber zu wahren, als die hohe Busse mit der Umwandlung in eine Ersatzfreiheitsstrafe im Fall der Nichtbezahlung. Die Sanktion, die im Genfer Recht für die Verletzung des Bettelverbots vorgesehen sei, sei zu starr und zu streng für den vorliegenden Fall, mithin unverhältnismässig. Damit hätten der Gesetzgeber sowie die den Erlass anwendenden Behörden und Institutionen ihren Ermessensspielraum missbraucht.

¹ Urteil 6B_530/2014.

² Urteil 14065/15, Lacatus gegen Schweiz.

Die Schweiz hat in der bis zum 19. April 2021 laufenden dreimonatigen Beschwerdefrist den Entscheid der Kleinen Kammer nicht an die Grosse Kammer des EGMR weitergezogen. Damit ist das Urteil vom 19. Januar 2021 rechtskräftig.

In der Stadt St.Gallen gilt gemäss Art. 5^{bis} des Polizeireglements vom 16. November 2004 (SRS 412.11; im Folgenden PolR) seit dem 1. März 2011 ein allgemeines Bettelverbot. Bei Missachtung droht eine Ordnungsbusse von CHF 40 (vgl. Art. 49 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010 [sGS 962.1; im Folgenden EG-StPO]; Art. 9 f. und Anhang Ziff. 21.8 der Strafprozessverordnung vom 23. November 2010 [sGS 962.11]). Wird eine Ordnungsbusse nicht bezahlt, wird das ordentliche Strafverfahren vor der Staatsanwaltschaft eingeleitet (vgl. Art. 49 Abs. 5 EG-StPO i.V.m. Art. 6 Abs. 4 des Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016 [SR 314.1]).

2 Beantwortung der Fragen

- 1. Wie ist die aktuelle Handhabung in Bezug auf das Bettelverbot in der Stadt St.Gallen? Werden nur Wegweisungen / Fernhaltungen verfügt oder werden auch Bussen ausgestellt?*

Neben der Verfügung von Wegweisungen / Fernhaltungen spricht die Stadtpolizei auch Ordnungsbussen aus.

- 2. Falls auch Bussen wegen Verstössen gegen das Bettelverbot ausgestellt werden, um wie viele handelt es sich und wie hoch waren diese in den Jahren 2019 und 2020?*

Im Jahr 2019 wurden durch die Stadtpolizei 55 Ordnungsbussen à je CHF 40 ausgestellt, in 19 Fällen wurde wegen Nichtbezahlens der Busse das ordentliche Strafverfahren vor der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Im Jahr 2020 waren es insgesamt 30 Ordnungsbussen à je CHF 40, dabei erfolgte in 14 Fällen die Einleitung des ordentlichen Strafverfahrens.

- 3. Wird die Durchsetzung des Bettelverbotes aufgrund des EGMR-Urteils derzeit ausgesetzt?*

Nein, die Bestimmung von Art. 5^{bis} PolR wird weiterhin angewendet.

- 4. Prüft der Stadtrat bereits, ob die Bestimmung aufgrund des EGMR-Urteils gestrichen oder zumindest angepasst werden muss?*

Art. 46 EMRK verpflichtet die Vertragsparteien und somit auch die Schweiz, in allen Rechtssachen, in denen sie Partei sind, das endgültige Urteil des Gerichtshofs zu befolgen.

In der Rechtsanwendung ist der Einzelfall vor dem Hintergrund von Art. 5^{bis} i.V.m. Art. 15 PolR zu beurteilen. Art. 15 PolR sieht vor, dass in leichten Fällen von einer Busse abgesehen und lediglich eine Verwarnung ausgesprochen werden kann. Diese Bestimmung weicht die Absolutheit des Bettelverbots in Art. 5^{bis} PolR auf.

Entsprechend wird der Stadtrat das rechtskräftige Urteil des EGMR bis Ende 2021 eingehend analysieren und gestützt darauf prüfen, ob Art. 5^{bis} PolR aufzuheben oder anzupassen ist.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:
Jennifer Abderhalden

Beilage:
▪ Einfache Anfrage vom 17. Februar 2021